

Calmer Tagblatt

Nr. 63.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Veröffentlichungswelt: 6 mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 40 Pf. -
Reklamen 1.50 Mk. - Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags. - Fernsprecher 9.

Dienstag, den 16. März 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 8.40 vierteljährlich. Postgebühren
Mk. 6.10 ohne Bestellgeld.

Die Lage im Reich.

Reichskanzler Bauer über die Lage.

Sofort nach dem Eintreffen der Mitglieder des Reichstages in Stuttgart gab Reichskanzler Bauer den Vertretern der Presse eine Darstellung der politischen Lage. Um Blutvergießen zu verhindern, sei die Regierung einem Kampf zwischen Reichswehrtruppen und den Putschisten ausgewichen. Schon in kurzer Zeit habe es sich gezeigt, daß das Land in seiner überwiegenden Mehrheit auf Seiten der verfassungsmäßigen Regierung stehe und den Putsch auf das entschiedenste ablehne. Die preussische Staatsregierung, die gewaltsam entfernt wurde, habe bisher nicht Stellung nehmen können. Aber die Regierungen aller anderen Länder haben es abgelehnt, mit den Staatsstreikern in Verbindung zu treten. Überall besteht die Neigung zu Generalkrieg. Es sei ein Aufruf zum Generalkrieg erschienen, der auch die Unterschriften der sozialdemokratischen Mitglieder trage. Diese Unterschriften seien niemals gegeben worden. Die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit, auch die bürgerlichen Mitglieder in ihr, seien der Meinung, daß, wenn nichts übrig bleibe sollte, allerdings zur Abwehr der Umsturzbewegung der Streik benutzt werden könne. Die Situation für die Staatsstreikler in Berlin sei aber so wenig verheißungsvoll, daß zunächst so starke Mittel nicht angewendet werden müssen.

In allen Reichsteilen sammeln sich die Kräfte zur Gegenwehr, dazu komme, daß der militärische Staatsstreik nicht ausreichend vorbereitet wurde, weil der Regierung die Umtriebe bekannt und Haftbefehle erlassen worden waren. Die Reichswehrkommandos von Kassel, Münster i. W. und München, doch letzteres etwas unentschieden, stehen hinter der verfassungsmäßigen Reichsregierung. Auch General Märker hat erklärt, nichts zu unternehmen, was gegen die Reichsverfassung gehe. So erstreckt sich die militärische Verschwörung in der Hauptsache auf preussisches Gebiet, mit Ausnahme des westlichen Industriebezirks.

Die politische Situation ist dadurch eine trostlose geworden. Wir wären eben im Begriff gewesen, gegenüber den ehemaligen Feinden eine bessere Position zu erreichen, das Vertrauen zur demokratischen Regierung war im Wachsen begriffen. Die Absichten der Putschisten zeigen sich in ihren Forderungen, die General Lüttich der Reichsregierung vorlegte. Er verlangte, daß diese nicht abgebaut, sondern eher erhöht werden solle, ja daß wir uns für einen neuen Krieg in Bereitschaft stellen sollen. Der französische Ministerpräsident Millerand hat gegenüber dem deutschen Geschäftsträger bereits den Wunsch ausgesprochen, daß eine direkte Leitung und ein Kurierdienst nach Stuttgart eingerichtet werde. Die innenpolitische Lage ist nicht weniger furchtbar als die äußere. Die mit vieler Mühe hergestellte Ruhe und die Lust zur Arbeit wird geradezu vernichtet. Wir werden die aller schlimmsten Kombinationen und Ausschreitungen erleben, und, wenn die militärischen Putschisten in Berlin nicht einlenken, schließlich blutige Kämpfe. Eine Aufgabe der Nationalversammlung, die am Mittwoch zusammentritt, wird sein, zu der Situation Stellung zu nehmen und Maßregeln zu erwägen.

Reichsminister Koch widerlegte die Legende und die Nachrichten über Verständigungsversuche der Reichsregierung mit den Putschisten. Auch gegenüber dem General Märker, der sich zu solchen Verbindungsdiensten bereit erklärte, hat die Reichsregierung es abgelehnt, mit den Umstürzern zu verhandeln. Märker sei auf eigene Verantwortung nach Berlin gefahren, um die Putschversuche zu verhindern. Im übrigen findet die einzige gesetzmäßige Regierung im ganzen Lande immer mehr Zustimmung und Unterstützung zu ihrem Verhalten.

Stuttgart Sitz der Reichsregierung.

(W.B.) Stuttgart, 15. März. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Heute vormittag 7 Uhr traf Reichsminister Dr. Bell mit Sonderzug hier ein und hat sich mit der württembergischen Regierung sofort in Verbindung gesetzt. Reichsminister Dr. Bell sieht die Lage als durchaus günstig für die verfassungsmäßige Regierung an.

(W.B.) Stuttgart, 15. März. Heute nachmittag um 1.05 Uhr traf die Reichsregierung, an ihrer Spitze Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Bauer, mit Sonderzug von

Dresden kommend auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Zu ihrem Empfang sind der württembergische Staatspräsident, der Minister des Innern, der Reichsverkehrsminister Dr. Bell und einige Parlamentarier erschienen. Die Mitglieder der Reichsregierung haben im Hotel Marquardt Wohnung genommen.

(W.B.) Stuttgart, 15. März. (Amtlich.) Die Reichsregierung hat ihre Geschäfte in Stuttgart aufgenommen.

Eine Rundgebung der verfassungsmäßigen Regierung.

(W.B.) Stuttgart, 15. März. (Amtlich.) Die Putschregierung von Berlin versucht allenthalben in Deutschland den Glauben zu erwecken, daß die verfassungsmäßige Reichsregierung mit ihr in Unterhandlungen stehe und daß General Märker als Unterhändler bestimmt worden sei. Das ist un- wahr. Die verfassungsmäßige Reichsregierung lehnt jedes Verhandeln mit den Putschisten in Berlin ab, weil sie vor dem Volke die Verantwortung hat und der Ueberzeugung ist, daß jedes Verhandeln Mißtrauen und Verwirrung im Volke auslösen würde. Das Unternehmen in Berlin fällt in sich zusammen. Verhandlungen würden die Unordnung nur verlängern. Deutschland hat nur eine Regierung, das ist die vom Volke verfassungsmäßig gebildete, die zur Zeit von Stuttgart aus die Geschäfte des Reiches führt. Die Reichsregierung.

Sitzung des Reichskabinetts.

(W.B.) Stuttgart, 15. März. Das Reichskabinett ist Montag nachmittag 4 Uhr in Stuttgart in Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert, des Reichskanzlers Bauer, des Präsidenten und des I. Vizepräsidenten der Nationalversammlung und unter Beteiligung der württemberg. Staatsregierung zu einer Sitzung zusammengetreten. Es bestand volle Uebereinstimmung, daß die Nationalversammlung am Mittwoch, nachmittag 4 Uhr im Kunstgebäude in Stuttgart zusammen- treten soll. Mit den Staatsstreikern in Berlin werden keinerlei Verhandlungen gepflogen werden. Die verfassungsmäßige Reichsregierung fordert vielmehr die bedingungslose Abkantung der Kapp und Genossen.

Ein neues Gesetz gegen Hochverrat.

(W.B.) Stuttgart, 15. März. Im Reichsministerium des Innern, das seine Geschäfte in Stuttgart aufgenommen hat, wird ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach dem Hochverrat außer mit den jetzigen Strafen auch mit einer gänzlichen oder teilweisen Einziehung des Vermögens zu bestrafen ist. Es ist in Aussicht genommen, das Gesetz mit rückwirkender Kraft auf den 15. März auszustatten, weshalb schon heute diese Ankündigung erfolgt.

Der geringe Anhang der „Kapp-Regierung“.

(W.B.) Stuttgart, 15. März. Die Reichsregierung hat Führung mit fast dem ganzen Reichsgebiet. Die von den Leuten um Kapp verbreitete Meldung, daß ganz Norddeutschland in der Hand der „Kapp-Regierung“ sei, ist falsch. Außer in Berlin, wo Kapp sich mit Hilfe von Bajonetten und Handgranaten in einem Teil des Inneren der Stadt hält, hat er nur nördlich und östlich von Berlin teilweise Boden gefaßt. Ebenso wie im Westen hat auch in den preussischen Provinzen die Bewegung keinen Anhang gefunden. Die Reichswehr hält in ganz Süd- und Westdeutschland zur verfassungsmäßigen Regierung. Das gleiche ist im größten Teil des übrigen Reichsgebietes der Fall. Wo sie sich zu den Berliner Verfassungsbrechern bekennt, vermag sie einen entscheidenden Einfluß auf die Haltung der Bevölkerung nicht auszu- üben, sondern hält sich in den Kasernen.

Die ausgeschlagene Einladung.

(W.B.) Karlsruhe, 15. März. Generallandschaftsdirektor Kapp, der sich in Berlin die Geschäfte des Reichskanzlers an- macht, hat nach einem Telegramm an den badischen Staatspräsidenten die Herren Ministerpräsidenten der Bundesregierungen zu einer gemeinsamen Bespre- chung auf 25. März nach Berlin eingeladen und um Aufhebung gebeten, ob der Tag genehm ist. Das badische Staatsministerium hat hierauf folgende Antwort erteilt: „Herrn Generallandschaftsdirektor Kapp, Wilhelmstraße. Die Badische Staatsregierung lehnt jede Beziehung zu Ihnen ab. Staatspräsident Geiß.“

Die Haltung des badischen Volkes.

(W.B.) Karlsruhe, 15. März. Die heutige Nachmittags- sitzung des Landtages gestaltete sich zu einer einmütigen Kund- gebung für die verfassungsmäßige Regierung. Staatspräsident Geiß wandte sich in einer Erklärung gegen das Verbrechen der Berliner Hochverräter, das nicht nur eine Sünde gegen das deutsche Volk, sondern eine Tat politischen Irren sei. Die Redner aller Parteien stimmten dieser Erklärung zu, deren öffent- licher Anschlag einstimmig beschloffen wurde.

Die Haltung der hessischen Bevölkerung.

(W.B.) Darmstadt, 15. März. Die telegraphisch einberufene Volkskammer trat heute Vormittag zu einer Sitzung zusam- men, in der nach einer Ansprache des Ministerpräsidenten Ulrich die 3 Regierungsparteien eine Erklärung abgaben, in der sie ihrer tiefsten Empörung über den verbrecherischen Anschlag der Militärpartei in Berlin Ausdruck geben. Dieser Erklärung schlossen sich auch die rechtsstehenden Parteien an. Sie verwahrten sich gegen die Verleumdung, daß sie verantwortlich für den Anschlag seien, verlangten aber zugleich die alsbaldige Vornahme von Wahlen für Reich und Land. — Die im Landesverband der Beamten- und Lehrervereine Hessens zusammengeschlossenen Be- amten und Lehrer haben auf einer Konferenz beschloffen, ihre Pflicht im Dienste der Reichsregierung Ebert-Bauer bis zum letzten zu erfüllen.

Die Reichswehr.

In einem Aufruf des Oberbefehlshabers Generalleutnant von Schoeler wird abermals betont, daß das Reichswehrgruppen- kommando I in Kassel, welches den militärischen Befehl über das westliche Deutschland hat, auf dem Standpunkt steht, daß die Verfassung zu schützen ist, und deshalb zu der alten Regierung hält. — Ein Aufruf des Generalleutnants Watter, des Kommandeurs der Reichswehr im rheinisch-westfälischen Indus- triebezirk und Befehlshabers des Wehretreiskommandos VI, wendet sich gegen jeden Rechts- und Antirechtskultismus und stellt sich auf den Boden der republikanischen Staatsform. General Watter hat im Einvernehmen mit dem Reichs- und Staatsminister Seve- ring, Führer der Mehrheitssozialisten, zu seiner Unterstützung einen Arbeiterrat zur Aufrechterhaltung der Ordnung im In- dustriebezirk einberufen.

Die deutschen Berufsjuden gegen die Berliner Gewalthaber.

Das Wolffsche Büro verbreitet zwei Aufrufe des Reichswirt- schaftsverbandes deutscher Berufssoldaten „an das deutsche Volk“ und „an die Soldaten der deutschen Republik“, worin das Vorgehen der Leute um Kapp als „verbrecherischer Anschlag meuternder Offi- ziere“ bezeichnet und gesagt wird, daß die 96 000 Mitglieder des Verbandes fest hinter der verfassungsmäßigen Regierung stehen und bereit sind, den Befehlen zu folgen, die Reichswehrminister Roske erteilen wird.

General Gröner.

Wie das „Stuttg. N. Tagbl.“ erfährt, hat sich General Gröner der Regierung Ebert-Bauer zur Verfügung gestellt.

Der Generalkrieg.

General Märker, der sich nach Berlin begeben hat, teilte der dortigen Regierung mit, daß die Regierung Ebert-Bauer keine Lösung zum Generalkrieg ausgegeben habe. Trotzdem wird aus einer Reihe von Städten gemeldet, daß dort der Generalkrieg ausgebrochen sei, so in Stettin, Sorlig, Leipzig, Dresden, Kassel, Köln, Brandenburg, Gotha. Die sächsische Regierung hat den Eisenbahnverkehr für ganz Sachsen gesperrt. Man will mit dieser Maßnahme vor allen Dingen Militär- transporte verhindern. Die sozialdemokratische Presse Frank- furts erklärt einen Aufruf an die Bevölkerung von Frankfurt daß in allen Betrieben, mit Ausnahme der lebenswichtigen, die Arbeit weiter ruhen bleibt. Die Vergnügungshäuser bleiben geschlossen. — In Stuttgart beschloß eine sehr stark besuchte Versammlung der gewerkschaftlich organisierten Vertrauensleute der Arbeiter- und Angestelltenvereine, heute früh 9 Uhr in einem zweitägigen Generalkrieg als Demonstration gegen alle Putschversuche von rechts einzutreten. Vom Streik bleiben ausgeschlossen: alle lebenswichtigen Betriebe, wie die notwendigste Lebensmittelversorgung, Gas- und Wasser- werke, Ortskrankenkasse, Kraftverkehrsamt, Lebensmittel- und Fern- züge. Am Donnerstag früh wird die Arbeit wieder geschlossen auf- genommen.

Rein Streik der Post.

(WB.) Berlin, 13. März. Aus der Reichsanzlei wird mitgeteilt: Reichspostminister Giesberts hat befohlen, daß die Post nicht streiken darf.

Die deutschen Eisenbahner halten treu zur Verfassung.

(WB.) Stuttgart, 15. März. Von zuverlässiger Seite wird mitgeteilt: Die Eisenbahner im ganzen deutschen Reich, insbesondere auch in Preußen, erklären mit aller Entschiedenheit, daß sie geschlossen hinter der verfassungsmäßigen Regierung stehen und mit den neuen Gewalthabern in Berlin nichts zu tun haben wollen.

Blutige Zusammenstöße in Berlin.

(WB.) Berlin, 15. März. An verschiedenen Stellen in Berlin ist es heute im Laufe des Nachmittags zu schweren Zusammenstößen zwischen der Menge und Reichswehrsoldaten gekommen. Am Potsdamer Platz wurden gegen 6 Uhr fünf Reichswehrsoldaten von der Menge mißhandelt. Als die Menge trotz mehrmaliger Aufforderung und Abgabe einiger Schreckschüsse nicht auseinanderging, sondern zu neuem Angriff schritt, ließ der befehlende Offizier Maschinengewehrfeuer geben, wodurch mehrere Personen getötet und eine Anzahl verletzt wurden. Um 5 Uhr Nachmittags zog eine Abteilung Reichswehrtruppen in Stärke von 60 Mann mit Klingendem Spiel nach dem Stettiner Bahnhof. Auf der Kreuzung der Linden- und der Invalidenstrasse wurden sie von einer Menschenmenge von etwa 1500 Köpfen bedrängt und gezwungen, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Auch hier sind mehrere Tote und eine Anzahl Verletzte auf dem Platz geblieben. Um dieselbe Zeit kam es in Tegellik ebenfalls zu Zusammenstößen mit der Menge. Auch hier wurden Reichswehrsoldaten angegriffen, sodaß diese von ihren Waffen Gebrauch machen mußten und zahlreiche Verwundete, sowie acht bis zehn Tote die Folge des Zusammenstoßes waren. Gegen 7 1/2 Uhr ereigneten sich ähnliche Vorfälle in Charlottenburg am Wilhelmplatz. Hier zählte man vier Tote und sechs Verletzte.

Kommunistische Unruhen in Frankfurt.

(WB.) Frankfurt a. M., 15. März. Am Samstag nachmittag versuchten kommunistische Elemente die Gewalt an sich zu reißen. Es kam zu heftigen Kämpfen in der Umgebung des Polizeipräsidiums und des Rathauses, wobei es 14 Tote und mehr als 100 Verwundete, darunter Schwerverletzte gab. Am Abend trat wieder Ruhe ein. In Bornheim wurden 8 Kommunisten, die Waffen und Maschinengewehre fortzuschaffen wollten, verhaftet. Auch in Bornheim wurden größere Mengen von Waffen und Munition den Kommunisten abgenommen und beschlagnahmt.

Sonstige blutige Zusammenstöße.

Aus Leipzig und Dresden werden Schießereien gemeldet, bei denen es auf beiden Seiten Verluste gab. Das Innere der Stadt Leipzig ist militärisch völlig abgesperrt. Das Telegraphenamt in Dresden ist von der Arbeiterwehr besetzt. Reichswehrtruppen in größerer Anzahl sind im Umarsch, um das Telegraphenamt wieder in Besitz zu nehmen. — Auch aus Westfalen werden schwere Zusammenstöße zwischen Reichswehrtruppen und bewaffneten Arbeitergruppen aus Wetter und Hagen gemeldet, wobei es eine Reihe Tote gab.

Ruhe in München.

(WB.) München, 16. März. Hier herrscht Ruhe. Das neue Kabinett ist in Bildung begriffen. Der Eintritt Dr. Heims, der die ganze Ernährung unter sich hat, ist sehr wahrscheinlich. Das Militär ist Herr der Lage. Eine ruhige Entwicklung ist gewährleistet. Gas- und Wasserwerke, sowie Post und Eisenbahnen sind in Betrieb. Die Straßenbahn wird den Betrieb teilweise wieder aufnehmen.

Vor einer Rätereublik in Greiz.

(WB.) Greiz (Reuß), 13. März. Die Regierung des Staates Greiz, die in Vera abgesetzt worden ist, hat sich nach Greiz begeben, wo ein bewaffneter Widerstand organisiert werden soll. Man erwartet die Gründung einer Rätereublik. Der Generalstreik ist vollständig.

Verbot der Dfseezeitung in Stettin.

(WB.) Stettin, 16. März. Wegen Äußerungen gegen die neue Regierung ist das Erscheinen der „Dfseezeitung“ durch das Wehrkreiskommando II Stettin verboten worden. Die Benutzung der Maschinen wurde durch die Kriminalpolizei auf Befehl des Wehrkreiskommandos durch Entfernung wichtiger Teile unmöglich gemacht.

Die Entente und die Vorgänge in Deutschland.

(WB.) Paris, 15. März. Habas meldet: Bis jetzt scheinen sich die Alliierten in den deutschen Konflikt nicht einzumischen zu wollen. Es ist zu erwarten, daß sie in dieser Sache, die sie als eine innerpolitische Angelegenheit Deutschlands betrachten, nicht Partei ergreifen werden. Sollte sich aber die Bewegung in Deutschland als Macho der Hohenzollern herausstellen, oder sollte sich die neue Regierung weigern, dem Friedensvertrag von Versailles nachzukommen, so hätten die Alliierten das Recht, einzuschreiten und auch die Mittel zum Einschreiten würden ihnen nicht fehlen. Welche Regierung in Deutschland auch immer am Ruder sein möge, sie müsse doch vor allem durch die Ausführung des Friedensvertrages ihren guten Willen beweisen. Sie müsse dabei bestrebt sein, den Alliierten moralisch und materiell Unterstützung zu gewähren für die Alliierten, deren Opfer die Mitglieder der internationalen Kontrollkommissionen in Deutschland geworden sind.

Frankreich und die Ereignisse in Deutschland.

(WB.) Mainz, 16. März. Der Generalkonsul von Frankreich hat den Auftrag erhalten, sich nach Stuttgart zu begeben, um dort die Ereignisse in Deutschland zu verfolgen.

Französische Pressestimmen.

(WB.) Paris, 15. März. Die Pariser Presse, die den Berliner Staatsstreik ausführlich bespricht, ist einstimmig der An-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Kommunalverband Calw.

Bekanntmachung betr. Zuderverteilung.

Auf die von Mitte März bis Mitte April gültige Zudermärkte entfallen 650 Gramm Zucker zu 1,55 M das Pfund. Die Herren Ortsvorsteher wollen die Einwohnerlichkeit in ortsüblicher Weise hieron verständigen. Kommunalverband: Calw, den 13. März 1920. Oberamtmann G. S.

Oberamt Calw.

Häutemehrezölle.

1. Vom 15. März 1920 einschließlich bis auf weiteres beträgt der Häutezuschlag für den Zentner Lebendgewicht: für Rinder, ausgenommen Kälber 150.— M Kälber 357.— M Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurzwoelligen Felten 230.— M Schafe mit Wollschaf 203.— M Pferde einschließlich Fohlen, Esel, Maultiere und Maulesel 104.— M Diese Beträge werden den Tierhaltern in voller Höhe gewährt. 2. Die Höchstpreise für Kuh- und Zuchtrindvieh von 130 M für 50 Kg. Lebendgewicht werden für die gleiche Zeit in folgender Weise erhöht:

bei Großvieh 130 M + 150 M = 280 M bei Kälbern 130 M + 357 M = 487 M Der Stückzuschlag für Zuchtkarren, hochtrachtige Rinder und Kühe mit mindestens 8 Liter täglichem Milchtrag zur Bedienung beträgt nach wie vor höchstens 400 M für gewöhnliche Zuchtschiffe und Zuchtschiffe höchstens 200 M. Calw, den 15. März 1920. Oberamtmann: G. S.

Oberamt Calw.

Bekanntmachung.

Am 19. März 1920, vormittags 11 Uhr, findet in Calw auf dem Brühl ein Pferdemarkt statt, bei dem die Ankäufe der für die Ablieferung an Frankreich und Belgien in Betracht kommenden Pferde abgeschlossen werden.

Zu dem Ankauf haben nicht nur die Besitzer derjenigen kastrierten Pferde, die vom Oberamt beschlagnahmt wurden, mit ihren Tieren zu erscheinen, sondern insbesondere auch diejenigen, die nach der Vormusterung neuerdings eingeführt werden.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Hinterziehung der für die Ablieferung in Betracht kommenden Pferde eine Ordnungsstrafe bis zu 500 M zur Folge hat. Calw, den 12. März 1920. Oberamtmann: G. S.

Ämtliche Bekanntmachung.

Betrifft: Saatgutverkehr.

In der Höchstpreisverordnung über Sommerfrüchte des Reichswirtschaftsministeriums v. 12. Januar 1920 (Calwer Tagblatt Nr. 23) kommt nicht deutlich genug zum Ausdruck, daß die für erste, zweite und dritte Abfaat ausgeführten Preise nur für anerkanntes Saatgut gelten. Es kommt nicht selten vor, daß auch Inhaber nicht anerkannter Saaten erste, zweite oder dritte Abfaat haben und auf Grund dieser Verordnung nun den entsprechenden Preis verlangen. Die Württ. Landesgetreidestelle hat daher mit Erlaß vom 4. d. Mts. Nr. 99 verordnet, daß für sämtliche Saaten, die nicht auf Grund einer Feldbesichtigung durch die Landesstaatuchtsanstalt anerkannt sind, der Preis für „sonstiges Saatgut (Handelsaatgut)“ maßgebend ist. Kommunalverband: Calw, den 13. März 1920. Oberamtmann G. S.

sicht, daß auf eine strikte Durchführung des Friedensvertrages geachtet werden müsse. Sie hebt hervor, daß die gegenwärtigen Ereignisse der beste Beweis für diese These seien.

(WB.) Paris, 15. März. In einem heftigen Artikel drückt der „Temps“ seine Verwunderung darüber aus, daß die alliierten Regierungen zu glauben scheinen, daß sie sich nicht um die Regierung zu kümmern brauchen, die Deutschland sich geben wolle. Die Bewegung wachse sich zu einer bolschewistischen Bewegung aus. Wenn die militärischen Führer von Berlin ihr unterlägen, wäre der Bolschewismus als Nachbar Frankreichs installiert. Wer solle dann die Wiedergutmachung bezahlen, die Deutschland Frankreich schulde? Man müsse unverzüglich handeln und den Deutschen beweisen, daß man stark sei. — „Journal des Debats“ dagegen will abwarten. Für den Augenblick müsse man beobachten und zu Handlungen schreiten, wenn es notwendig sei.

Schweizer Stimmen.

(WB.) Bern, 15. März. Auch die heutigen Äußerungen der Schweizer Blätter sprechen sich übereinstimmend dahin aus, daß die Berliner Militärputschisten sich nicht in der Macht werden behaupten können und betonen ohne Unterschied ihrer sonstigen Haltung gegenüber Deutschland, daß letzten Endes das deutsche Volk die von der Entente präsentierte Rechnung für das Vorgehen der Berliner Gegenrevolution werde bezahlen müssen.

Aus dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet.

(WB.) Oppeln, 16. März. Eine Kundgebung der interalliierten Regierungskommission für Oberschlesien fordert die Bewohner Oberschlesiens auf, von einer Beteiligung an etwaigen Ausständen abzusehen.

Sieg des Deutschtums in Schleswig.

(WB.) Hamburg, 15. März. Der Deutsche Ausschuss für das Herzogtum Schleswig teilt mit: Das vorläufige Abstimmungsergebnis in der zweiten nordschleswigschen Zone brachte eine sechs Siebentel-Stimmenmehrheit für Deutschland. Im Kreise Flensburg stimmten für Deutschland 6751, für Dänemark 1421 Wahlberechtigte. In der Stadt Flensburg betrug die Stimmzahl für Deutschland 27058, für Dänemark 8935. Im Kreise Londern 16631 für Deutschland, 2306 für Dänemark, im Kreise Sussum 643 für Deutschland und 75 für Dänemark.

(WB.) Kopenhagen, 16. März. Der dänische Ausschuss für Mittelschleswig in Flensburg hat nach hiesigen Zeitungsmeldungen der internationalen Kommission ein Schreiben überreicht, in dem er dagegen protestiert, daß das Wahlergebnis bei der Abstimmung in keiner Weise gewahrt sei und deutscherseits eine ganze Reihe Wahlübergänge stattgefunden hätte.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. März 1920.

Generalversammlung der Spar- und Vorschußbank Calw.

Man schreibt uns:

Unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder von Stadt und Land fand letzten Sonntag im Saale der Brauerei Dreß die jährliche General-Versammlung der Spar- und Vorschußbank über das 58. Geschäftsjahr statt. Der Direktor der Bank, Herr Herm. Wagner, der den Vorsitz führte, begrüßte die Versammlung mit einem allgemeinen Ueberblick der wirtschaftlichen Lage, insbesondere im Vergleich zum Vorjahr. Hierauf gab Kassier Georgii den ausführlichen Geschäftsbericht, aus dem besonders zu erwähnen ist, daß die kleinen wie großen Banken so überlastet waren, daß mit der 8-stündigen Arbeitszeit nicht auskommen und daß wegen Ausbleibens der Auszüge von den Großbanken die Generalversammlung erst jetzt abgehalten werden konnte. Der Gewinn im vergangenem Jahr ist um rund 9000 M. niedriger geblieben, was z. T. aus dem erhöhten Unkosten, hauptsächlich aber aus den Verlusten an dem Effektenbestand herrührt. Der Kursverlust belief sich auf etwa 18000 M., da die Effekten zum Kurs vom 31. Dez. 1919 in die Bilanz eingestellt wurden. Nachdem in letzter Zeit die Kurse infolge des wiederkehrenden Vertrauens wieder angezogen haben, ist zu hoffen, daß die Bank vor weiteren Verlusten verschont bleibt.

Der Umsatz im letzten Jahr ist wieder ganz bedeutend gestiegen, nämlich von 26 auf 51 Millionen; die Bilanzsumme erhöhte sich um etwa 1 Million. Seit dem letzten Friedensjahre 1913 hob sich der Umsatz von 13 auf 51 Millionen, die Bilanzsumme stieg von 1 1/2 auf 4 1/2 Millionen, der Umsatz in laufender Rechnung hob sich von 6 1/2 auf über 24 Millionen. Das letzte ist das erfreulichste; namentlich der Ueberweisungsverkehr hat einen Umfang angenommen, an den früher niemand gedacht hätte. Die langjährigen Ermahnungen und Belehrungen tragen jetzt Früchte für beide Teile, für die Geschäftsfreunde und auch für uns. Die flüssigen Mittel der Bank sind sehr verteilt angelegt und mit solchen Kündigungen versehen, daß große Beträge jederzeit angefordert werden können und daß unsere Mitglieder mit aller Sicherheit darauf rechnen können, daß sie jedes Guthaben ausbezahlt erhalten. Es wurde dann der Bahnstrecke im letzten Frühjahr gedacht und der Gedankenspannung im Herbst; jederzeit konnte die Bank aber die verlangten und zum Teil sehr hohen Barbeträge ausbezahlen, dank der Vorsorge, die getroffen wurde. Gewinn wurde dabei leider nicht erzielt, weil große Beträge in bar vorrätig sein mußten. Es wurde dann noch des Geschehes gegen die Kapitalflucht gedacht, das durch die vielen Depots, die der Bank gebracht wurden, enorm viel Arbeit mit sich brachte. Auch das neue Kapitalertragssteuergesetz wurde gestreift und darauf aufmerksam gemacht, daß auf jeden Kupon, der nach dem 31. März fällig wird, 10 Proz. Steuer abgezogen werden müssen. Im Effektenhandel hat das Geschäft nachgelassen, es verdient erwähnt zu werden, daß viele kleine Leute ihre Reichsanleihe, die sie aus ihren Spargeldern erwarben, verkaufen mußten. Sehr interessant waren die Ausführungen über die Kursbewegungen der Wertpapiere; am erfreulichsten war, zu hören, daß unsere 3 1/2 Proz. Staatspapiere, die bis auf 56 Proz. gefallen waren, wieder um 10 bis 15 Prozent gestiegen sind. Dagegen erscheinen mit 700 Proz. die Kurse von Mexikanern, die seit 6 Jahren keinen Zins bezahlen, sowie die Griechen, die früher auf 34 Prozent standen, und jetzt auch auf 700 Prozent geklettert sind, ganz ungeheuerlich. Diese Steigerungen sind nur möglich durch unsere schlechte Valuta, sie zeigen deutlich, wie traurig Deutschland dasteht und wie wenig Vertrauen in das deutsche Volk im Ausland vorhanden ist. Am besten erfährt man dies an dem Schweizer Kurs; es war eine Zeitlang so, daß man für die Mark, die vor dem Krieg 123 Rappen wert war, nur noch 5 Rappen erhielt. Zu dem schlechten Stand der Valuta trägt aber sehr viel der ungeheure Notenumlauf bei. Derselbe erhöhte sich seit einem Jahre von ungefähr 34 auf 53 Milliarden Reichsbanknoten und Darlehenskassenscheine; eine Folge nicht nur der allgemeinen Geldhamsterei, sondern auch der stark gestiegenen Löhne. Es sollte dem Volke viel mehr Aufklärung gegeben werden mit der dringlichen Mahnung, kein Geld oder nicht zu viel bares Geld mit sich herumzutragen oder zu Hause zu verstecken; dem Mann geschah ganz recht, dem die Mäuse 16000 M. Banknoten zernagt haben sollen. Am Schlusse der Ausführungen wird noch der Dank allen Geschäftsfreunden ausgesprochen, welche die Bestrebungen der Bank so reichlich unterstützten. Alle Mitglieder mögen sich bemühen, daß sie selbst die Träger des Unternehmens sind und daher die Pflicht haben, dazu beizutragen, das Unternehmen durch Zuweisung von Geldgeschäften zu stärken. Der Gewinn kommt ja doch immer wieder den Mitgliedern zu gute. Zum Schlusse wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß das arbeitende Volk wieder intensiv zu arbeiten und zu sparen lernt, dann wird es gewiß besser werden in unserem Vaterlande.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Verwaltungsaktuar Staudenmeyer, gab den Bericht über die Tätigkeit des Aufsichtsrats und trug die Vorschläge von Vorstand und Aufsichtsrat wegen Verwendung des Reingewinns vor, in der Weise, daß auf das dividendenberechtigte Geschäftsguthaben von M. 423 855.90 5 1/2 Prozent Dividende mit M. 23 293.70 verteilt werden. Nach der Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1919 trug der Vorsitzende des Aufsichtsrats den Bericht über die vom Verbandsrevisor vorgenommene Revision vor, wonach der gesamte Betrieb der Geschäftsführung geprüft und in bester Ordnung befunden worden ist. — Es folgte sodann der Beschluß, den Höchstbetrag, welchen fremde Gelder nicht übersteigen dürfen, auf 5 Millionen Mark zu erhöhen; der Höchstbetrag der an Genossen zu gewährenden Kredite wurde auf 100 000 M. festgesetzt. Der Vorschlag des Aufsichtsrats, anlässlich des Verzichts des seitigeren Direktors Herrn. Wagner auf eine Wiederwahl den ganzen Vorstand neu zu organisieren, fand einstimmige Annahme. Danach wurde die Satzungsänderung notwendig, auf Grund deren 2 Vorstandsmitglieder im Hauptamt gewählt wurden. Das Ergebnis war: Paul Georgii als Direktor, Hugo Forchner als Kassier und die

beiden seitherigen weiteren Vorstandsmitglieder ...

Die Tagungsstätte der Nationalversammlung. Die Nationalversammlung, die bekanntlich auf Mittwoch nach Stuttgart einberufen wurde, wird nach neueren Bestimmungen im Kunstgebäude zusammentreten.

Kommunistenkundgebungen. Vor gegen 3000 Kommunisten berichtete am Sonntag in der Stuttgarter Volkshausbahn der bekannte Führer Hörle, der die Forderungen, die die Unabhängigen an die württ. Regierung gerichtet hatten, unterstützte. Er rief auch zum Protest gegen die Tagung der Nationalversammlung in Stuttgart auf.

Anfragen im Landtag. Die Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbundes hat im Landtag die Anfrage gestellt, ob das Staatsministerium bereit sei, Schritte gegen die Entziehung des wichtigsten Volksrechtes, der Wahl des Reichspräsidenten durch das ganze Volk zu unternehmen; ferner welche Maßregeln das Staatsministerium zu ergreifen gedenke, um der

drohenden Hungersnot und den daraus sich ergebenden furchtbaren Gefahren zu begegnen. — Die Deutschdemokratische Partei hat die Anfrage gestellt, ob das Staatsministerium geneigt sei, Vorkehrungen zu treffen, daß die Neuwahl des Württ. Landtags an dem für die Wahl des Reichstags in Aussicht genommenen Zeitpunkt stattfinden kann.

Hühnerzahl und Eierablieferung. Bei einer dieser Tage in Ulm stattgehabten Presskonferenz, der auch Ernährungsminister Graf anwohnte, kam u. a. zur Sprache, daß die Angaben über die Hühnerzahl seitens der Landwirte neuer in einem noch größeren Mißverhältnis zur Wirklichkeit stehe, als in den Vorjahren, und daß dadurch die Eierversorgung der Städte in hohem Grade gefährdet sei. Zum Teil werden nur die Hälfte der Hühner und noch weniger angegeben. Es wird Sache der Behörden sein, auf diesem wichtigen Gebiet der öffentlichen Versorgung energisch nach dem Rechten zu sehen.

Hauschlachtungen. Auf die Anfrage wegen Befristung der Hauschlachtungen teilt das Reichswirtschaftsministerium mit, daß in diesem Jahr die Hauschlachtungen nicht befristet werden sollen. Demnach können auch später noch Schlachtungen vorgenommen werden. Das ist für diejenigen Viehhalter sehr wichtig, die erst später ein Schwein zur Mast eingestellt haben.

Bessere Margarine. Es ist möglich geworden, zur Herstellung von Margarine bessere Rohstoffe zu verwenden. Die bisherigen minderwertigen Margarinemengen mußten zuerst verteilt werden, da sie längere Aufbewahrung nicht vertrugen. Der Wassergehalt der neuen Margarine ist von 20 auf 16 Prozent herabgesetzt worden.

Preissturz auf dem Silbermarkt. Infolge des Steigens unserer Valuta, die ja neuerdings wieder etwas zurückgegangen ist, ist auf dem Silbermarkt ein Preissturz eingetreten. Es rührt daher, daß die Silberkäufer und Hamsterer nun ihre zurückgehaltenen Bestände los zu werden suchen. Ob der Ankaufspreis der Silbermark, der noch auf 8 M steht, von der Reichsbank herabgesetzt wird, hängt von der Entwicklung der kommenden Wochen ab.

Deckenpfronn, 15. März. In hiesiger Gemeinde fand am Sonntagabend im Gotteshause unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung seitens der Gemeindeglieder ein liturgischer Gottesdienst und Gemeindeabend zur Begrüßung der befreiten und heimgekehrten Kriegsgesangenen statt. Unter Ansprachen des Geistlichen, stimmungsvollen Chören des Liederkranzes, ergreifenden Sologesängen des Unterlehrers Degenhart, passenden Deklamationen der Schüler und gemeinschaftlich gesungenen kirchlichen Liedern nahm die Feier einen erhebenden Verlauf. — Sämtliche im Felde gestandenen Krieger werden nach einem Beschluß der bürgerlichen Kollegien mit einer Ehrengabe bedacht. — Die Abhaltung einer weltlichen patriotischen Festfeier soll nach zur Ausführung gebracht werden. Den fürs Vaterland Gefallenen und den Vermissten, zusammen etwa 51, wurden in der Kirche sinnreiche Gedenktafeln errichtet.

(S. G.) Stuttgart, 15. März. Der Generalstreik hat bereits in Tübingen und Schweningen heute eingesetzt. Die Arbeiterschaft hat am Montag früh die Arbeit zum Zeichen der Sympathie mit der verfassungsmäßigen Regierung niedergelegt. Auch am Dienstag soll die Arbeit noch ruhen. Für die Schriftl. verantw.: J. Bertr.: H. D. Röcker, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge. Auf Kranken-Lebensmittelkarte Nr. 41 kann bis Samstag, 20. März in den Geschäften Hammer, Hüßler, Hand, Marquardt, Sachs, Ritter-Drogerie, Würster bestellt werden: Grünkernmehl, Rindergerstenmehl, Zwieback, Kakao. Die Kleinhändler wollen die Bestell-Marken am Montag, 22. März, vormittags, auf dem Rathaus abliefern.

Gesunden Filzhut. Abzuholen bei J. Mohr, Spindlershof. = Bruteier = Unterjuchungsapparat zeigt an ob die Eier befruchtet sind oder nicht und was für ein Keim in dem Ei liegt (ob Hahn oder Henne). Einmalige Anschaffung. Einfach. Praktisch. Billig. Das Stück nur Mk. 3.50 bei Friedrich Volter, Weilberstadt.

Die unaufhörlich wachsenden Lasten die die Herstellungskosten einer Zeitung fast täglich steigern, zwingen die Zeitungsverleger leider zu weiteren unvermeidlichen Aufschlägen, um deren einsichtsvolle Anerkennung wir die Leser aller Zeitungen freundlichst bitten. Verein Württembergischer Zeitungsverleger. Wie bei den übrigen Zeitungen, so muß auch beim „Calwer Tagblatt“ ab 1. April eine Erhöhung des Bezugspreises erfolgen, die auf den Monat berechnet Mk. 1.30 beträgt. Ab 1. April stellen sich die Bezugspreise unseres Blattes wie folgt: in der Stadt Calw vierteljährlich Mk. 8.40, außerhalb vierteljährlich Mk. 9.—, Verlag des „Calwer Tagblatt“.

4% mündelsichere Pforzheimer Stadtanleihe von 1920. Die Unterzeichneten bringen zum freihändigen Verkauf — so lange Vorrat — den Betrag von Mk. 10 000 000.— 4% Pforzheimer Stadtanleihe von 1920 bis auf Weiteres zum Kurse von 96% zuzüglich 4% Stückzinsen vom 1. Jan. 1920 ab und zuzüglich des Schlußnotenstempels. Die Anleihe ist unkündbar bis 1925 und von da an durch Auslosung oder freihändigen Rückkauf innerhalb 36 Jahren tilgbar. Sie ist in 100 000 Stücke von Mk. 100.— bis Mk. 10 000.— mit Januar-Juli Zinsen; der erste Zinsschein ist am 1. Juli 1920 fällig. Die Abrechnung erfolgt sofort, die Lieferung der Stücke nach Erscheinen. Die Einführung der Anleihe an den Börsen von Frankfurt a. M. und Berlin wird beantragt werden. Pforzheim, im März 1920. Bank für Handel und Industrie Niederlassung Pforzheim Bankhaus Rob. Bloch Pforzheimer Gewerbebank e. G. m. b. H. Rheinische Creditbank Filiale Pforzheim Carl Schmitt & Co. Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G. Filiale Pforzheim.

Forstamt Herrenberg, Stadtgemeinde Herrenberg, Gemeinden Gültstein und Rohrau. Eichen-Verkauf. Am Dienstag, den 30. März 1920, vormittags 8 Uhr, im Gasthaus zur Sonne in Herrenberg (Württemberg). 1. Forstamt Herrenberg. Aus Staatswald Lindach, Rohrauer Köpfe und Ketterleshalde 190 Eichen mit Fm: 127 la, 58 lb, 30 IIa, 28 lb, 18 IIIa, 21 IIIb, 7 IV. Klasse. 2. Stadt Herrenberg. Aus dem Stadtwald: 100 Eichen mit Fm: 32 la, 31 lb, 22 IIa, 9 lb, 13 IIIa, 3 IV. Klasse. Aus dem Sittingswald: 51 Eichen mit Fm: 17 la, 15 lb, 12 IIa, 6 lb, 12 IIIa, 5 IIIb, 6 IV., 1 V. Klasse. 3. Gemeinde Gültstein: Aus Wt. Grauwald und Wollscherr 77 Eichen mit Fm: 6 la, 5 lb, 26 IIa, 6 lb, 13 IIIa, 6 IIIb, 1 IV. Klasse. 4. Gemeinde Rohrau. Bei der Platte 7 Eichen mit Fm: 2,09 la, 1,88 IIIa, 0,61 IIIb, 0,90 IV., 0,97 V. Klasse. Auszüge (zugleich Losverzeichnisse) über die Eichen des Staatswaldes durch die Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart, Militärstraße 15, der Stadt Herrenberg durch die dortige Stadt. Waldkasse, der Eichen der übrigen Gem. inden durch die betr. Schultheißenämter. Wegen der Besichtigung wende man sich zeitig an die Forstwärter: Buch in Hildrizhausen Wt. Herrenberg (für Staatswald Lindach), Weber daselbst (für Staatswald Rohrauer Köpfe und Ketterleshalde, sowie für den Rohrauer Gemeinwald), Reichardt in Herrenberg (für den Stadtwald), Roos in Oberjettingen Wt. Herrenberg (für den Sittingswald Herrenberg), für Gültstein an das dortige Waldmeisteramt. Die Reihenfolge, in der die Eichen ausbezogen werden, behalten sich die genannten Verwaltungen vollständig vor. Im äußersten Notfall Fortsetzung des Verkaufs am nächsten Tag in Söbblingen bei Zimmermann im Anschluß an den Verkauf des Forstamts Sindelfingen.

Ostelsheim Oberamt Calw. Eichen- und Buchen-Stammholz-Verkauf. Am Samstag, den 20. März 1920, von vormittags 8 Uhr an kommen im Gemeinwald im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf: 120 Stück Eichen mit zusammen 77 Festm., 30 Buchen mit 30 Festm., 52 eichene und 20 Birken-Stangen, 5 Weißbuchen, 3 Aspen, 4 Mehlbäume, 2 Mischholzer, 1 Ahorn, 10 Kastanien- u. 6 Pappelbäume. Auszüge können bei Waldmeister Gehring bezogen werden. Zusammenkunft beim Rathaus. Den 13. März 1920. Gemeinderat.

Die organisierte Arbeiterschaft wird zu diesem äußerst wichtigen Vortrag dringend eingeladen, da die Wahlen der Betriebsräte jetzt vorgenommen werden müssen. Für bedürftige Konfirmanden bitten im Blick auf die hohen Preise für Kleider u. Schuhe recht inständig um freundliche Gaben Frau Dekan Zeller, Frau Stadtpfarrer Schmid. Schöne Pfälzer Zwiebel eingetroffen. Fr. Volz, Handlung, Oberreichenbach. Altshengstett. 10 bis 12 Zentner gut eingebräutes Heu hat zu verkaufen Christian Eisenhardt.

Amtsgericht Calw. Im Handelsregister für Einzelfirmen wurde heute bei der bisherigen Firma, Liebenzeller Filzfabrik Walter Steinbrück in Liebenzell eingetragen: Das Geschäft ging am 1. ds. Mts. auf den Fabrikanten Paul Krüger in Liebenzell unter der abgeänderten Firma, Liebenzeller Filzfabrik Paul Krüger, in Liebenzell über. Den 15. März 1920. Amtsrichter: Bötteler.

Deckenpfronn Bahustation Gärtringen und Wildberg. Eichen- und Tannenholz-Verkauf. Im Submissionsweg werden in 3 Losen verkauft: 255 St. Langholz H. Kl. 6 Fm., III. 24 Fm., IV. 40 Fm., V. 33 Fm., VI. 2 Fm., Sägholz I. Kl. 1 Fm., II. 27 Fm., III. 5 Fm. Die Offerten sind nach der heutigen Forsttaxe für Wildberg in ganzen Prozents ausgedrückt je auf die einzelnen Lose oder auf das Ganze bis längstens Mittwoch, den 24. März 1920, nachm. 4 Uhr beim Schultheißenamt einzureichen. Außerdem wird verkauft im Wald am obigen Tage von vormittags 9 Uhr ab 240 St. Eichen, 4 Buchen mit zus. 125 Fm. worunter 95 Eichen über 30 cm Durchmesser und 20 Eichen über 1 Fm. Zusammenkunft beim Rathaus. Auszüge wollen bei Waldmeister Dongus bestellt werden. Den 10. März 1920. Gemeinderat. Das Calwer Tagblatt kann jederzeit bestellt werden!

